

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1923

1.6.1923 (No. 124)

Expedition:
Karlsruher
Straße Nr. 14
Fernsprecher:
Nr. 953
und 954
Postkontos
Karlsruhe
Nr. 3515.

Karlsruher Zeitung

Badischer Staatsanzeiger

Verantwortlich
für den
redaktionellen
Teil
und den
Staatsanzeiger:
Chefredakteur
C. A. M. e. n. d.
Karlsruhe.

Bezugspreis: In Karlsruhe und umwärts frei ins Haus geliefert für RM 6000 A — Einzelnummer 250 A — Anzeigenzähler: 160 A für 1 mm Höhe und ein Zentimeter Breite. Briefe und Gelder frei. Bei Weiterleitungen tariflicher Diat, der als Kostenersatz gilt und verrechnet werden kann, wenn nicht binnen vier Wochen nach Empfang der Rechnung Zahlung erfolgt. Antizip. Anzeigen sind direkt an die Geschäftsstelle der Karlsruher Zeitung, Badischer Staatsanzeiger, Karlsruherstraße 14 zu senden und werden in Vereinbarung mit dem Ministerium des Innern berechn. Bei Abrechnung, zwangsweise Verbreitung und Kontoverfahren fällt der Diat fort. Erfüllungsort Karlsruhe. — Im Falle von höherer Gewalt, Streik, Sperrung, Maschinenbruch, Betriebsstörung im eigenen Betriebe oder in denen unserer Lieferanten hat der Abnehmer keine Ansprüche, falls die Zeitung verspätet, in beschränktem Umfange oder nicht erscheint. — Für telephonische Abbestellung von Anzeigen wird keine Gebühr übernommen. Unverlangte Drucksachen und Manuskripte werden nicht zurückgegeben und es wird keinerlei Verpflichtung zu irgendwelcher Vergütung übernommen.

„Der rheinische Separatismus im System der französischen Rheinpolitik“.

Dr. Nach haben aus der Presse bekannt gewordenen Mitteilungen verlangen die Franzosen beim Passieren der Grenze zwischen dem englisch und französisch besetzten Gebiet von Automobilisten und von Motorfahrzeugführern die Eintragung ihres Namens in ein Buch, das auf der ersten Seite eine Erklärung für die Rheinische Republik enthält. Natürlich wird den betreffenden Personen von dieser Erklärung nichts gesagt, vielmehr wird ihnen lediglich bedeutet, daß diese Eintragung erforderlich sei, andernfalls sie die Grenze nicht passieren dürfen.

Man wird sich erinnern, daß Clemenceau auf der Friedenskonferenz Frankreichs Ansprüche auf das Saargebiet mit dem Hinweis auf eine Adresse begründet hat, in der angeblich 160 000 Saarfranzosen den Anschluß des Saargebietes an Frankreich wünschten. Im Saargebiet selbst weiß von der knappen 700 000 Köpfe zählenden Bevölkerung kein Mensch etwas von dieser Adresse. Nur ganz allmählich hat sich das Geheimnis über diese von Clemenceau herangezogene Adresse gelichtet. Nach den ersten Massenarrestierungen deutscher Verurteilter von den Saarfranzosen und nach der Verurteilung zahlreicher streikender Verurteilter im Jahre 1919 wurden auf den einzelnen Gruben Einzeichnungslisten aufgelegt, die angeblich das Ergebnis an die französische Regierung enthalten sollten, die verurteilten Verurteilter freizugeben. Den Text dieser Eingabe hat niemand gelesen; es ist aber anzunehmen, daß es sich um eine „Loyalitätsklärung“ der Saarverurteilten für Frankreich handelte. Die Schriftstücke waren in französischer Sprache abgefaßt und den Verurteilten wurde von französischen Grubenbeamten gesagt, es handele sich um eine Eingabe im Interesse ihrer verurteilten und ausgewiesenen Kameraden.

Es ist damit zu rechnen, daß die Unterschriftensammlung der Automobilisten eines Tages als Adresse zugunsten einer Rheinischen Republik in Paris wieder auftaucht, wie auch andere Unterschriftensammlungen in betrügerischer Weise ähnliche mißbräuchliche Verwendung finden dürften. Dieser Betrag liegt im System der französischen Rheinpolitik, deren Zusammenhang mit dem rheinischen Separatismus der rheinische Geschichtsforscher, Professor Dr. Raul Nühlmann, soeben in der Zeitschrift „Das neue Deutschland“ unter der obigen Überschrift behandelt. Er sagt darin u. a.:

Das Kernstück des im letzten Grunde einem jeden französischen Herzen teuren Hezemonieplanes ist die alte französische Rheinpolitik, mit dem einen ganz klaren Ziel: Wir sind die Herren Europas, wenn die Trübsale sich dauernd spiegeln in den grünen Fluten des Rheins. Diesem Zielstreben ist freilich in Versailles 1919 der Erfolg verweigert geblieben. Es würde aber heißen, die elastische Zähigkeit des französischen Volkcharakters durchaus verkennen, wenn man glaubt, die reich entwickelte außenpolitische Technik sei um Mittel verlegen, dieses heiß ersehnte Ziel auch unter den veränderten Verhältnissen zu erreichen. Da die nachste machtpolitische Forderung von Rhein als französische Ostgrenze dem Wortlaut des Westfälischen Friedensvertrages, des Versailler Friedens und dem ureigensten Interesse Englands und zum Teil Amerikas widerspricht, so gilt es, dieses Ziel durch eine geschickte, dem demokratischen Empfinden der Welt entsprechende Draperie zu verhüllen. Am zweckmäßigsten geschieht dies mit Hilfe des sogenannten „rheinischen Separatismus“. In der Tat sehen wir daher, wie die französische Außenpropaganda, vor, während und vor allem nach dem Kriege der Weltmeinung die französische These über den Separatismus der Rheinländer einzuhämmern verucht.

Diese These ist in Frankreich vollkommen volkstümlich durch die 5 Jahrzehnte der Eschpropaganda; man hat in der bisherigen Rhetorik einfach statt Esch die Rheinlande eingesetzt. Nach bewährtem französischem Rezept schuf das französische Außenministerium für diese Sonderaufgaben, die Förderung der separatistischen rheinischen Bestrebungen, eine private Vereinigung, das Comité de la rive gauche du Rhin, mit der es aber insgesamte aufs engste zusammenarbeitet — in Neutralität spricht man sogar von einer Zimmergemeinschaft im Quai d'Orsay —, die es aber sofort fallen lassen kann, wenn die politische Lage es erfordert. Die Straffen Fäden, die dem französischen Außenministerium über das Comité de la rive gauche zu den rheinischen Separatistenorganisationen gehen, sind deutlich erkennbar aus der Tatsache, daß die Beschlüsse des Comité de la rive gauche fast mit denselben Worten einige Wochen später auf dem Separatistenkongress in Baden gefaßt wurden. Die gleichen Fäden sind in der Pressebehandlung zu erkennen.

Professor Dr. Nühlmann behandelt dann eingehend das Verhalten der rheinischen Bevölkerung zu den separatistischen Bestrebungen und der französischen Leimrutenpolitik. Nühlmann sagt hierzu: Der Rheinländer fühlt heute deutscher denn je; ja die geläuterte und darum heißeste Vaterlandsliebe blüht am Rhein. Man ist dort von gewissen französischen Sympathien, die 1919 vielleicht noch vorhanden waren, heute durch den französischen Besatzungsmaßnahm vollkommen und gründlich geheilt. Der technisch glänzend eingestellte Apparat der berühmten französischen Kulturpropaganda hat im Rheinland auf Oranit geblieben. Die Rheinländer sind durch den steten Anblick der umwohnenden, stark schabigen Scheinkultur geradezu vertieft deutschendend und -fühlend geworden, und besonders gilt dies von den weitesten Kreisen der rheinischen Arbeiter, die politisch dem internationalen Gedanken an sich sehr nahe stehen.

Des weiteren behandelt Dr. Nühlmann den Hintergrund und die Persönlichkeiten der Organisationen der rheinischen Separatistenbewegung und die Rolle, die Frankreichs Rheinlandpläne in der internationalen Politik spielen. Der Verfasser meint, es sei wahrscheinlich, daß die beiden Manen des rheinischen Separatismus zurzeit im Angelpunkt des französisch-englischen Gegenfahes stehen. Von französischer Seite, namentlich von Seiten der Schwerindustrie, fordert man als Preis für die Aufgabe des Ruhrunternehmens ein autonomes Rheinland; die Engländer sind zwar geneigt, den französischen Forderungen auf „Sicherheit“ nachzugeben, sehen aber hierfür genügend Bürgschaft in einem im Reichsverband verbleibenden, aber auf Grund des Artikels 18 der Reichsverfassung aus dem preußischen Staatsverband gelösten Rheinland.

In der letzten Regelung sieht Frankreich jedoch nicht die Lösung seines rheinischen Traumes. Seine Absichten sind nach wie vor auf die völlige Loslösung des Rheinlandes von Deutschland gerichtet. Die verschiedenen Putschversuche, die Frankreich im Separatistenlager angestreift hat, die verschiednen Unterschriftenaktionen, die auf Umwegen zu einer Adresse zugunsten der Rheinischen Republik ausgewertet werden sollen, lassen die ununterbrochene Arbeit Frankreichs an der Lösung des Rheinlandproblems in seinem Sinne erkennen.

Politische Neuigkeiten. Die Reparationsfrage.

Sachamtlich wird aus Berlin mitgeteilt: Die Besprechungen des Reichszanklers mit den Parteiführern haben gestern ihren Fortgang genommen. Der Reichszankler empfing im Laufe des gestrigen Tages die Vertreter der verschiedenen Parteien des Reichstags zu Einzelbesprechungen und orientierte sich über die Lage, die einer Klärung soweit entgegengeführt ist, daß mit dem Abschluß der Vorarbeiten für die neue Antwortnote Anfang nächster Woche zu rechnen ist.

Der Vorstand der Reichstagsfraktion der Vereinigten Sozialdemokratischen Partei befaßte sich am Mittwoch mit der gegenwärtigen politischen Lage. Er billigte die Schritte, die die Unterhändler der Sozialdemokratischen Partei in den letzten 14 Tagen unternommen haben, um die Regierung zu veranlassen, ein konkretes und substantiiertes Angebot zu machen, das Deutschland den Weg zu internationalen Verhandlungen öffnen soll. Der Vorstand ersuchte seine Vertreter, in den entscheidenden nächsten Tagen nachdrücklich in demselben Sinne zu wirken. Der Fraktionsvorsitzende befaßte sich weiter mit dem veröffentlichten Angebot der deutschen Industrie. Er nahm Kenntnis davon, daß die Wirtschaftskreise endlich für eine endgültige Lösung der Reparationsfrage grundsätzlich bestimmte Leistungen anbieten und eine Haftung der Schwerte dafür erforderlich halten. Der Vorstand lehnt es aber auf das entschiedenste ab, die selbstverständliche Erfüllung der Staatsbürgerpflichten von irgendwelchen Voraussetzungen oder Bedingungen abhängig zu machen. Darüber und über die Höhe der Inanspruchnahme der Wirtschaft hat die Gesetzgebung zu entscheiden. Der Fraktionsvorsitzende weist insbesondere die Proklamierung des reinen Manchesterismus durch die Industrie zurück und wendet sich ebenso gegen den Vorstoß der Industrie zwecks Abbau der sozialpolitischen Grundgesamtheiten der Arbeiterklasse. Er weiß sich in diesem Punkte mit den Gewerkschaften vollkommen einer Meinung.

Berlin, 30. Mai. Über die Beratungen der landwirtschaftlichen Organisationen unter sich und mit einzelnen Regierungsstellen sind in manchen Mitternächten so irreführende und tendenziöse Nachrichten erschienen, daß wir es für notwendig halten, eine Darstellung der Dinge zu geben, wie sie der Wirklichkeit entspricht. Als der Reichsverband der deutschen Industrie mit seinem Vorschlag an die Reichsregierung herantrat, hatte er mit den Organen der Landwirtschaft noch keine Fühlung wegen eines ähnlichen Vorgehens genommen. Eine von ihm ausgehende Anregung an den Reichslandbund und andere Organisationen, sich einfach auf den Boden seines eigenen Vorschlages zu stellen, dürfte abgelehnt worden sein. Vertreter des Reichslandbundes und der christlichen Bauernvereine fanden sich dann in selbständigen Besprechungen mit dem Reichswirtschaftsminister und dem Reichsernährungsminister, sowie gestern nachmittags mit dem Reichszankler zusammen. In einer offiziellen Meldung ist mitgeteilt worden, daß dabei die grundsätzliche Bereitschaft der Landwirtschaft zum Ausdruck gekommen sei, weitgehende Opfer für die Reparationen auf sich zu nehmen. Nach unserer Kenntnis trifft dies zu. Es ist bei den Aussprachen auch bereits eine bestimmte Formel der Belastung des Grundbesitzes erörtert worden, die ebenfalls in Frage käme, aber eine Entscheidung über eine zahlenmäßige Bemessung der etwaigen Beteiligung der Landwirtschaft an einer Sachwertgarantie dürfte noch nicht getroffen sein. Allerdings scheinen die Organisationen, vor allem der Reichslandbund, es für notwendig gehalten zu haben, von allem Anfang an eine Reihe von Voraussetzungen namhaft zu machen, von deren Erfüllung die Mitwirkung der Landwirtschaft abhängig sei, so die Verwirklichung der vollen Wirtschaftsfreiheit, Reform in der Steuerpolitik usw. Bis jetzt kann man nur sagen, daß die ganze Angelegenheit erst im ersten Stadium der Erörterung steht und daß erst in der kommenden Woche die in Frage kommenden Organisationen im einzelnen zu dem Problem Stellung nehmen werden. Wir nehmen an, daß die Regierung auch bezüglich der Landwirtschaft das Garantieproblem nicht anders anzieht, wie bezüglich der Industrie, das heißt, daß sie sich ihre Handlungsfreiheit durch Anregungen oder Beschlüsse der Interessenten nicht einengen lassen wird.

Die englische Saar-Note.

Die englische Regierung hat gestern in Paris eine Note überreichen lassen, in der sie ihre Absicht ankündigt, beim Völkerbund die Einsetzung einer Untersuchungskommission zur Prüfung der Zustände im Saargebiet zu beantragen. Eine gleichlautende Note ist den jetzt im Völkerbundsrat vertretenen Regierungen überreicht worden mit der Bitte, ihre Ansicht darüber zu äußern. Die englische Regierung ist, wie erinnerlich, zu ihrem Vorgehen bestimmt worden durch die Debatte, zu der am 10. Mai im Unterhaus der bekannte Anbelagerungsbericht der Regierungskommission für das Saargebiet Veranlassung gegeben hat und in deren Verlauf Lord Robert Cecil die Methoden der Regierungskommission schlimmer als die schlimmsten Ausschreitungen des preußischen Militarismus genannt hat.

Daß die englische Absicht in Paris große Erregung verursacht, ist begreiflich. Weniger begreiflich ist allerdings, mit welchem Recht man in Frankreich dazu kommt, schon heute zu erklären, daß man diese Untersuchung niemals zulassen werde. Denn der „Temps“ gibt zweifellos die Auffassung der amtlichen Kreise wieder, wenn er schreibt:

„Es liegt auf der Hand, daß eine internationale Enquête, die lediglich das Wert der antifranzösischen Propaganda ist, alle Feinde Frankreichs ermutigen und zu gleicher Zeit die Autorität der Regierungskommission für immer untergraben muß. Wie will der Völkerbund Frankreich die volle Freiheit bei der Ausbeutung der Gruben verbürgen? Will man die Methoden, von Wilna wiederholen, wo ein spanisches Detachement herangezogen werden mußte, wo die Deputierten des Völkerbundes von der Bevölkerung mit faulen Eiern empfangen worden sind? Glaubt man, daß Frankreich seine Rechte so mit Füßen treten lassen wird? Glaubt man, daß Frankreich die Schaffung eines Unruheherdes unmittelbar vor den Türen seiner eigenen Grenzen und des von seinen Truppen besetzten Rheinlandes dulden wird? Im Interesse des Völkerbundes und um die Erhaltung der allgemeinen Ruhe willen wäre es flug, wenn man die Enquête im Saargebiet nicht erst verlangen würde.“

Diese Drohung läßt an Deutlichkeit nichts zu wünschen übrig. Frankreich scheint dabei, wie die „Frankf. Ztg.“ bemerkt, nur das eine zu vergessen, daß ihm der Friedensvertrag nur das Eigentum an den Saargruben, aber keine politischen Rechte über das Saargebiet gibt. Die Regierungsgewalt steht bis zur Abstimmung ausschließlich der vom Völkerbund eingesetzten Regierungskommission zu, und es ist einfach lächerlich, wenn der „Temps“ dem Völkerbund das Recht zur Einsetzung einer Untersuchungskommission bestrittet mit der Begründung, daß im Friedensvertrag nichts darüber voraufgesehen sei. Ein Gehn auf die Leiden der von französischer Willkür geknechteten Bevölkerung — denn die Regierungskommission ist in ihrer heutigen Zusammenfassung nichts anderes als ein Exekutionsorgan der französischen Regierung — aber ist es, wenn der „Temps“ weiterhin zu behaupten wagt, es sei einzig und allein dem bisherigen Regime zu danken, wenn es im Saargebiet bisher gelungen sei, die Rechte und das Wohlergehen der Bevölkerung zu wahren und Blutvergießen, wie es in Oberschlesien und anderwärts vorgekommen sei, zu vermeiden.

Entspannung im Ruhrrevier.

Wie dem W.A.W. aus gut unterrichteten Kreisen des Ruhrreviers mitgeteilt wird, ist unter Mitwirkung des Lohnabkommens für den Bergbau auf den meisten Bezügen die Arbeit wieder aufgenommen worden. Die Stilllegung der meisten Bezüge erfolgte zwar teilweise durch die proletarische Kundtschaft; kein Mitglied der großen Bergarbeiterverbände bestand sich in der Zentralfreileitung. Dies hat heute, dem allgemeinen Drucke nachgebend, zur Wiederaufnahme der Arbeit aufgefordert; die Gefahr eines Wideraufstehens der Bewegung besteht noch immer. Auch besteht weiter eine große allgemeine Gefahr für die Großstädte: angeht die Vernichtung des politischen Schutzes durch die Besatzungsbehörden. Die organisierte Arbeiterschaft hat gegen das Großstadteigenschaft und gegen ortsfremde Heer räumlich Stellung genommen. Die Aufwühlbewegung hat die Front des passiven Widerstandes nicht erschüttern können. Nach der Darstellung im Ruhrgebiet wären die jüngsten Ereignisse ohne die widerrechtliche Besetzung des Ruhrgebietes unmöglich gewesen. Die Dortmunder Polizei hat gestern in einem Baubüro 80 Kommunisten verhaftet, unter denen sich ein Anzahl Führer der letzten Unruhen befinden. Die Kommunisten waren meist mit Revolvern bewaffnet. Die Vernehmung der Verhafteten nahm den ganzen Tag in Anspruch. Mehrere Verhaftete, die schwer belastet sind, wurden festgehalten, während der übrige Teil nach Feststellung der Personaten entlassen wurde.

Die Vorgänge beim Marksturz am 18. April

Im Reichstag trat dieser Tage unter dem Vorsitz des Abg. Menge-Hegemann (Zentr.) der Untersuchungsausschuß zusammen, der die Vorgänge beim vorletzten Marksturz zu prüfen hatte. Zunächst gab Staatssekretär Schröder vom Reichsfinanzministerium einen allgemeinen Überblick über die Notwendigkeit und den Verlauf der Stützungsaktion.

Die Aktion sei vorwiegend aus politischen Gründen notwendig gewesen, um den passiven Widerstand gegen den Einbruch ins Ruhrgebiet zu erhöhen. Es habe sich um keine Stabilisierung gehandelt, sondern nur um eine „Kriegsmaßnahme“. Staatssekretär Trendelenburg vom Reichswirt-

Staatsministerin erklärte die gesetzgeberischen und Verordnungsmaßnahmen, die zu dem Zweck der Unterstützung...

Reichsbankpräsident Hagenstein gab dann eine ausführliche Darstellung über die Voraussetzungen und den Verlauf der Stützungsaktion und die Gründe ihres Zusammenbruchs...

räten an Devisen einzubeden. Die Vorwürfe, die er, der Reichsbankpräsident aus diesem Grunde in der Zentralaus...

Reichsbankpräsident Hagenstein machte in diesem Zusammenhang vertauscht einige zahlenmäßige Angaben über die Beträge, mit denen die Reichsbank während der Stützungsaktion...

Kampfansage ukrainischer Studenten und früherer Soldaten gegen die Entscheidung des Botschafterrats über Ostgalizien.

aus Prag wird uns geschrieben: Eine in Brünn abgehaltene, starkbesuchte Versammlung ukrainischer Studenten und früherer Soldaten hat einen geharnischten Protest gegen den Beschluß der Botschafterkonferenz...

Wie man hieraus aus Galizien hört, hat die ruthenische Bauernschaft mit einer gewissen müden Resignation die Entscheidung des Botschafterrats hingenommen.

Kurze Nachrichten.

Paris, 29. Mai. Die französische Kammer hat mit 420 gegen 116 Stimmen eine Vorlage angenommen, die die Regierung ermächtigt, Rumänien einen Kredit in Höhe von 100 Millionen...

Berlin, 30. Mai. In der heutigen gemeinschaftlichen Sitzung der Mitgliederversammlung des Reichshandwerkersbundes und des Großen Ausschusses des Reichshandwerkersbundes...

Berlin, 1. Juni. Nachdem in der in und in der ausländischen Presse die Frage der Befreiung der deutschen Reichsbahnen...

Berlin, 29. Mai. Die schon angekündigte Erhöhung der Post- und Telegraphengebühren ist, wie man uns heute aus dem Reichsverkehrsministerium mitteilt, erst für den 1. Juli in...

„Bürger Schippel“.

Komödie in fünf Aufzügen von Carl Sternheim. — In Szene gesetzt von Felix Baumbach.

I.

„Bürger Schippel“ ist das dritte Werk aus Sternheims Zyklus „Komödien aus dem bürgerlichen Leben“ (1908-1913), worin der Dichter in eiskaltem Hohn das materialistische und mammonistische Bürgertum der wilhelminischen Zeit...

II.

Baumbach führte die Regie nach einer klaren Absicht, die er konsequent verfolgte. Darin liegt ein anzuerkennendes Verdienst. Der Inhalt dieser Absicht aber, also Baumbachs Auffassung des Werkes, scheint mir irrtümlich.

ihrer unpersönlichen Phrasologie wohl als Marionetten, aber nicht als Clowns. Der Geist des Theaters, für dessen Beherrschung wir schon öfters, wie noch zuletzt in der Inszenierung der „Freier“, Baumbach Dank wußten, hat hier den Geist der Dichtung getötet.

Nach diesem grundsätzlichen Widerspruch muß aber voll anerkannt werden, daß Baumbach seine abweichende Auffassung in zielbewusster Kraft folgerichtig durchführte — wenigstens bis zum Schlußakte, und damit eine Wirkung erzielte, die überaus stark war und in Bann schlug.

An untergeordneten Einzelheiten fiel mir als sonderbar das Wiedererlebstum auf, das ausdrücklich auf der Bühne im Verlaufe des Stückes dessen Zeit als die wilhelminische, etwa die Wende von 19. zum 20. Jahrhundert deutlich genug bezeichnet wird.

Schattenriss der Singenden zeigt, zeitweise erlicht. Lächerlich wirkt, wenn die Hauswand, deren Halbmeterrhöhe gerückt wird, im gleichen Augenblick durch Berührung als zitternde Leinwand sich offenbart.

III.

Für diese Gesamtleistung gebührt aber auch voller Dank den Einzeldarstellern. Insbesondere hat Stefan Dahlen wieder als Paul Schippel offenbart, welche starke künstlerische Gestaltungskraft in ihm steckt.

Die possenhaften Bekörpungen der Bürger waren glänzend gelungen, die Krone gebührt aber dem Wolke von Ulrich v. d. Trenn-Ulrici, der damit ein erstaunliches komisches Darstellungstalent bewies.

Die wurmstichige Bürgerstochter Thekla fand in Germa Clement eine geeignete wirkungsvolle Darstellerin, wenn sie auch auf der Bühne schon reizvoller aussah und ihr Stillkostüm merkwürdig anmutete.

...sicht genommen. Am 4. Juni soll der Verkehrsvertrag der Reichspostverwaltung sich mit den Vorschlägen des Ministeriums befassen. Für das Briefporto im Fernverkehr soll, soweit bis jetzt feststeht, eine Verdoppelung vorgenommen werden. Die Änderung in den übrigen Tarifen scheint man jedoch nicht nach einem einfachen Prozentschema vornehmen zu wollen. Es soll dabei auf die bisher mit dem beobachteten Verkehrsabgang gemachten Erfahrungen Rücksicht genommen werden.

Rechtliche 31. Mai. Der Staatsgerichtshof zum Schutze des Rechts der Geschäftsleiter des Deutschen Reichs, wegen öffentlicher Beleidigung zu 500 000 Mark Geldstrafe. Als Straferhöhend wurde angenommen, daß Koch mit voller Absicht und nach seiner Ansicht auch im Interesse des deutschen Volkes gehandelt hat. Straferhöhend war, daß Koch für eine Bewegung tätig gewesen ist, die nach der Meinung des Staatsgerichtshofes und der überwiegenden Mehrheit des deutschen Volkes im höchsten Grade verwerflich wirkt und daß die Beleidigungen gegen einen so unübeligen Mann ausgeprochen wurden, wie Rathenau einer war.

Badischer Landtag.

Die nächste Plenarsitzung

findet am Donnerstag, den 7. Juni, vormittags 9 Uhr, statt. Die Tagesordnung lautet:

I. Mündliche Berichte des Ausschusses für Rechtspflege und Verwaltung und Beratung über 1. den Gesetzentwurf, über die Änderung des Hinterlegungsgesetzes, Berichterstatter Abg. Dr. Kullmann; 2. den Gesetzentwurf über die Änderung des Einbürgerungsgesetzes zu den Reichsjustizgesetzen, des Kostengesetzes und des Gesetzes über die Bestellung von Vergleichsbehörden in freitragenden Angelegenheiten, Berichterstatter Abg. K. Müller; 3. die Mitteilung des Justizministeriums, die wandelbaren Bezüge der Notare betr., Berichterstatter Abg. Müller; 4. den Gesetzentwurf über die Änderung des Verwaltungsverfahrensgesetzes, Berichterstatter Abg. Schneider-Heidelberg; 5. den Gesetzentwurf über die Aufhebung des Gesetzes, Maßregeln gegen die Neblauskrankheit betr., vom 18. April 1880, Berichterstatter Abg. Sack; 6. den Gesetzentwurf über die Kreis- und Bezirksverbände (Badische Kreisordnung), Berichterstatter Abg. Müller.

II. Mündliche Berichte des Haushaltsausschusses und Beratung über 1. die Änderung des Besoldungsgesetzes (Einführung der Reichen, Ruffelreiter, Gerichtsvollzieher und Baderärzte), Berichterstatter Abg. Dr. Schmitt-Karlsruhe; 2. die Gesetze der Beamtenorganisationen von Städten und Gemeinden (Wohnen, a) örtliche Sonderzulagen, b) Grenzzulagen betr., Berichterstatter Abg. Weismann.

III. Begründung und Beantwortung der förmlichen Anfrage der Abg. Gebhard und Gen., die Verabfolgung des Tabakzolls betr.

IV. Mündliche Berichte des Ausschusses für Gesetze und Beschlüsse und Beratung über die Gesetze 1. des A. Elble in Schutterbad um Wiederverwendung im Jollidien, Berichterstatter Abg. Amann; 2. des Bauoberbaudirektors H. Schwarz in Karlsruhe, Einreichung in Besoldungsgruppe VIII betr., Berichterstatter Abg. Dr. Föhr; 3. des Hilfslehrers Selteneich u. a. in Karlsruhe um Gewährung des Teuerungszuschlags gemäß Gesetz vom 15. September 1921 auch für das Probejahr, Berichterstatter Abg. Dr. Föhr; 4. des Hauptlehrers E. Fried in Mannheim, die Nachzahlungen der Beamtenbefoldungen betr., Berichterstatter Abg. Dr. Föhr; 5. des Amstieners a. D. A. Schreiner in Pforzheim, die Einreichung in die Besoldungsordnung betr., Berichterstatter Abg. Dr. Föhr; 6. der E. Groß Wwe. in Mingsolheim um Erhöhung ihrer Witwenunterstützung, Berichterstatter Abg. Straub; 7. des J. Köhler und Gen. in Gschm. um Rechtsbehelf, Berichterstatter Abg. Dr. Föhr; 8. des Hauptlehrers a. D. J. Danneberg in Gochheim, Amt Waldsiedlung, die Ausrottung der Tuberkulose betr., Berichterstatter Abg. Dr. Föhr; 9. des Hauptlehrers a. D. S. Pfisterer in Pforzheim, die Bezüge der staatlichen und städtischen Pensionäre betr., Berichterstatter Abg. Dr. Föhr.

Badische Übersicht.

Neue Ausweisungen durch die Franzosen.

Kehl, 30. Mai. Aus Kehl wurden ausgewiesen mit 24-tägiger Frist Eisenbahn-Ingenieur Kurt, zurzeit in Landau in Gast, mit Frau und 2 Kindern, Eisenbahn-Ingenieur Knorre mit Frau und einem Kind, Hilfsbahnbediensteter Gatzmann, zurzeit in Landau in Gast, mit Frau und einem Kind, Amtsgehilfe Weissenberger sowie der zur Zollverwaltung übergetretene Oberbahnmeister Steuerer mit Frau. Die Möbel der Ausgewiesenen wurden zurückgehalten.

Durchschlag des Schwarzenbach-Stollens

In der Nacht zum Pfingstsonntag um 1/2 12 Uhr früh wurde der Stollen des Schwarzenbachwerkes, welches als Erweiterung des Kurzwertes vom Badenwert gebaut wird, unter praktischer vollkommener Abereinrichtung der beiderseitigen Höhen, Richtungs- und Längenmessungen durchgeschlagen. Der Stollen, der 1700 Meter lang ist und einen Durchmesser von 3 Meter erhält, beginnt im Schwarzenbachthal etwa 2 Kilometer oberhalb der Einmündung des Schwarzenbaches in die Naumünz und endet an der Rindenhöhe bei Forbach. Vom Anfang und Ende des Stollens aus wurde Ende Mai 1922 mit dem Bau begonnen, so daß also der Ausdruck des Vorholens in 12 Monaten durchgeführt wurde. Der Vollanbruch des Stollens ist im Gange und wird in kurzer Zeit beendet sein. Das ganze Stollenrohr soll hierauf eine wasserdichte Betonumkleidung erhalten, deren Ausführung bis zum Jahresende erwartet wird.

Auch die übrigen Bauarbeiten des Schwarzenbachwerkes schreiten rüstig vorwärts. Der Baugrubenaushub, der über 60 Meter hohen Spermauer, die im Mauerfuß eine Stärke von 60 Meter erhalten und ca. 290 000 Kubikmeter Mauerwerk erfordern wird, ist in der Kalföhe nahezu beendet, so daß in Kürze mit dem Bau der Mauer selbst begonnen werden wird; mächtige Kranarme werden zurzeit aufgestellt, mittels welcher der aus Gußbeton hergestellten Mauer das erforderliche Baumaterial zugeführt werden wird. In einem in der Nähe der Baustelle, am „Schneiderschöpf“, angelegten Steinbruch werden die für den Bau der Mauer erforderlichen Steine gewonnen; die großen Zementmengen und die übrigen Baumaterialien werden durch eine Seilbahn vom Bahnhof Naumünz aus zur Baustelle befördert werden.

Der Unterbau für die neue Rohrleitung, welche neben der vorhandenen Rohrleitung des Kurzwertes zu liegen kommt, ist soweit fertiggestellt, daß mit dem Verlegen der Röhre in Kürze begonnen werden kann. Die Erweiterung des Krafthauses dürfte in einigen Wochen unter Dach sein; die bauliche Erweiterung des Krafthauses ist bereits fertiggestellt. Die bestellten Maschinen sind in den Werkstätten der Lieferer in Arbeit; der Stand der Arbeiten läßt erwarten, daß mit der Anlieferung im Monat September begonnen werden wird.

Die Inbetriebnahme des Werkes wird erfolgen, sobald die Staumauer so hoch geführt ist, daß das Wasser in den Stollen eingeleitet werden kann; der Weiterbau der Staumauer bis zur vollen Höhe wird während des Betriebes vorgenommen werden.

Die Bauleitung der Arbeiten liegt in den Händen der Wasser- und Straßenbaudirektion, Karlsruhe.

DZ. Oberrhein. Nach Meldungen aus Weinheim hat die Reichsgerichte an der Bergstraße an vereinzelten Plätzen schon begonnen und zwar bewegen sich die Preise zwischen 2000 und 2500 M. für ein Pfund. Auch Erdbeeren kommen recht hoch zu stehen, denn sie wurden mit 10 000 M. bis 12 000 M. pro Pfund angeboten. Eine größere Erdbeere kostete demnach 200 bis 250 M. Auch aus anderen Gegenden, so aus Halltingen, kommen Meldungen über beginnende Reichsgerichte. Man hofft hier, daß der Ertrag der mittelfrühen und späten Reichsgerichte zufriedenstellend sein wird, während die gerade in dieser Gegend so bekannten Frühfrühen etwas spärlich ausfallen. In den höher gelegenen Gegenden des Ringtales scheint die Oberrhein nicht gerade sehr günstig zu werden. Vor allem wird die Birnenernte sehr zu wünschen übrig lassen.

DZ. Mühlpreis. In der Sitzung des Landesmühlpreisausschusses (Erzeuger- und Verbrauchervertreter) für Baden am 29. Mai in Stuttgart, wurde der Erzeugerpreis für Baden auf 700 M. je Liter, ab 1. Juni bis auf weiteres festgesetzt. Für die Grenzgebiete Kehl, Mühlheim, Schopfheim, Lörach und Schönau, gilt der bisher vereinbarte Zuschlag von 10 Prozent noch weiterhin.

Kurze Nachrichten aus Baden.

DZ. Mannheim, 29. Mai. Gestern Abend flüchtete ein Junge, den die französische Wache am Parkring bei der Arbeiterischen Bootsüberfahrt festgenommen hatte, auf einen Nachen. Der französische Posten gab drei Revolverkugeln auf den Fliehenden ab, ohne daß dieser getroffen wurde. Ein Schuß ging in die Nähe eines gegenüberliegenden Hauses, in der sich glücklicherweise niemand aufhielt. Der junge Mann ist bisher noch nicht ermittelt.

DZ. Heidelberg, 28. Mai. Im Redar schlug gestern ein kleines Boot, ein sogenannter „Seelenverläufer“, um. Der Insasse, ein junger, des Schwimmens unfähiger Maler, wäre ertrunken, wenn nicht der ledige Schlosser Georg Fischer von Neuenheim, den in Lebensgefahr Schwebenden und schon Bewußtlosigkeit aus den Fluten gerettet hätte. Bezeichnend ist, daß zahlreiche, in der Nähe rudierende Personen, sich gänzlich passiv verhielten und trotz aller Rufe nicht dazu zu bringen waren, dem Verunglückten zu Hilfe zu kommen.

DZ. Bretten, 29. Mai. Ein Urteil, das alleis den Betroffenen ausgenommen, volle Zufriedenheit auslösen wird, fällt das hiesige Amtsgericht gegen einen Schneider in Oberdingen, der wegen unerlaubten Handels und Geldtreiberei zu einer Gefängnisstrafe von acht Tagen und einer Geldstrafe von einer halben Million verurteilt wurde. Ebenfalls wurde der Gewinn im Betrage von 900 000 M. eingezogen.

DZ. Neustadt, 31. Mai. Die gestrige Bürgermeisterwahl ist ergebnislos verlaufen, da der bisherige Bürgermeister Adolf Winter nicht die erforderliche Mehrheit von 36 Stimmen erhielt. Die Zentrumsfraktion hatte mit 33 Stimmen geschlossen für den bisherigen Bürgermeister gestimmt, während die drei anderen Parteien für ihre Fraktionen Wahlenthaltung beschlossen hatten. Der Termin für den zweiten Wahlgang wird für die allernächste Zeit festgesetzt werden.

DZ. Von der Schwarzwälder Uhrenindustrie, 30. Mai. Der Verband der Uhrenindustrie u. der verwandten Industrien des Schwarzwaldes E. V. in Donaueschingen, hielt seine diesjährige Hauptversammlung am 28. Mai im Schwarzwaldhotel in Titisee ab, die äußerst zahlreich besucht war. Aus dem Geschäftsbericht ist zu entnehmen, daß der Verband 108 Firmen umfaßt, in denen 26 435 Arbeiter und 2300 Angestellte beschäftigt werden. Die Lohnsumme betrug im Jahre 1922 2 1/2 Milliarden Mark gegen über 1 Milliarde Mark im Jahr 1921. In den Vorstand wurden gewählt für das Gebiet des württembergischen Schwarzwaldes, Herr Direktor Richard Landenberger in Schramberg, als dessen Stellvertreter Herr Direktor Willi Haller in Schwanningen; für den badischen Schwarzwald Herr Fabrikant Bruno Rauble in Triberg, als dessen Stellvertreter Herr Direktor Albert Wallenstein in Furtwangen. Nach der Hauptversammlung hielt Herr Dr. Ing. Herbert Kienzle einen sehr interessanten Vortrag über einen Besuch bei dem amerikanischen Industriellen Taylor und über dessen System.

DZ. Bellingen, 31. Mai. An Unterstufen für Kleinrentner wurden hier seit dem 1. Juli 1922 rund 5 Millionen an 33 Rentner gezahlt, ferner an Anstalten, die Rentner versorgen, 5 627 000 M. — Der Zuschlag zur Hundesteuer wurde auf 12 000 M. festgesetzt. — Am kommenden Montag wird hier die neben der Volksküche neuerichtete Mittelstandsküche eröffnet und damit bei der gegenwärtigen Teuerung einem großen sozialen Bedürfnis abgeholfen. Die Essenspreise in den Wirtschaften im Abonnement sind hier teilweise höher als in Mannheim und Karlsruhe.

DZ. Todtnau, 31. Mai. In einer Besprechung von Industriellen und Interessenten am Kraftwerk im Rathaus sowie einer weiteren Beratung des Bürgerausschusses, kam das Projekt des Wasserfallkraftwerkes zur Sprache, an dessen Durchführung besonders die Gemeinden Altem, Föhnd, Präg, Wahlen, Muggenbrunn, Todtnauberg, Brandenberg, Rahl usw. interessiert sind. Es wurde einstimmig ein Beschluß gefaßt, daß von Seiten des Gemeinderats eine Eingabe an die Behörde gemacht wird, um die Genehmigung zur Errichtung des Wasserfallkraftwerkes einzuholen, das bereits vor Jahren als eines der günstigsten Kraftwerkprojekte bezeichnet wurde. Zur Beschaffung des nötigen Kapitals von circa 2 1/2 bis 3 Milliarden Mark soll ein Gemeindepfand gegründet werden. Die Fertigstellung des Projektes ist nunmehr also in die Wege geleitet.

DZ. Schopfheim, 31. Mai. Der Wohnungsabschluß per 31. November 1922 des Kommunalverbandes Schopfheim schließt mit einem Gewinnsaldo von 5 220 709,68 Mark ab. Dieser Abschluß ist in Hinsicht auf die enormen geldlichen Anforderungen, die bei den jetzigen Lebensverhältnissen an den Kommunalverband gestellt wurden, immerhin erfreulich, wenn er auch selbst nur als ein ganz bescheidener Nutzen angesehen werden muß. Der Gesamtumsatz beläuft sich auf circa 242 100 000 Mark. Gegenüber dem bereits Ende des vorigen Geschäftsjahres in die Wege geleiteten Abbaues ist wieder ein Mißgeschick der Zahlen um das achtfache. Im allgemeinen kann aber die finanzielle Lage des Kommunalverbandes nach wie vor als eine gute bezeichnet werden.

DZ. Konstanz, 29. Mai. Wegen Preissteigerung verurteilte das Wurgericht Konstanz 3 Landwirte aus dem Amt Pfundendorf zu Geldstrafen von 100—800 000 M. und Gewinnersatz von 50—180 000 M. Im ganzen wurden über 3 Millionen Mark Strafen und 900 000 Mark Gewinnersatz ausgesprochen.

Aus der Landeshauptstadt.

Besprechung der Teuerung. Auf Anregung aus den Kreisen der Ratshausparteien hatte die Stadtverwaltung auf Mittwochabend eine Reihe von führenden Vertretern des Handels sowie der Gewerkschaften und sonstiger Verbraucherorganisationen zu einer Aussprache über die Ursachen der Teuerung in den großen Ratshausaal geladen. Oberbürgermeister Dr. Finter eröffnete die Besprechung mit dem Hinweis, daß die neue Teuerungswelle in einer Reihe von Städten zu Unruhen geführt habe. Aufgabe aller besonnenen Elemente sei es, durch Aufklärung darüber zu wirken, daß jene Unruhen nicht auf weitere Gebiete übergreifen. Zu diesem Zwecke sei es sehr erwünscht, der Öffentlichkeit einen weitergehenden Einblick in die Vorgänge bei der Preisgestaltung zu geben, als es bisher möglich war. Dazu solle die Zusammenkunft dienen. In der darauf folgenden lebhaften Besprechung kam zunächst eine Anzahl Vertreter der Verbraucher zum Wort, dann sprachen Vertreter des Handels. Oberbürgermeister Dr. Finter faßte das Ergebnis der Besprechungen dahin zusammen, daß nicht ein einzelner Stand für die beklagten Mißstände verantwortlich gemacht werden könne. Das Entgegenkommen des Einzelhandels in der Frage des Preisausbaues, sei dankenswert. Aber ein allgemeiner Preisausbau wäre als Mittel zur Verbilligung der Kaufkraft nicht der ihm anhaftenden Nachteile erwünscht, da durch ihn dokumentiert werde, daß der Handel die Kontrolle der Öffentlichkeit nicht zu scheuen brauche. Handel und Verbraucher sollten in den jetzigen schweren Zeiten immer Verständnis für die Lage des andern Teils an den Tag legen, damit uns die bedauerlichen Ereignisse erspart bleiben, die sich im Industriegebiet und in Sachsen abgespielt haben und von denen nur die ausländischen Feinde Nutzen ziehen.

Die Ortsgruppe Karlsruhe der Landeszentrale des badischen Einzelhandels hat dieser Tage folgende Entschlüsse angenommen: Die am Montag, den 28. Mai 1922 im Eintrachtsaal zu Karlsruhe in großer Zahl versammelten Mitglieder der Ortsgruppe Karlsruhe der Landeszentrale des badischen Einzelhandels, sowie der benachbarten Ortsgruppen Durlach, Bruchsal, Baden-Baden, Kallat und Gernsbach, erheben einmütig Protest gegen Form und Inhalt der durch Vorlage Nr. 154 vom 4. Mai 1922 dem Reichsrat zur Beschlußfassung überantworteten neuen gesetzlichen Bestimmungen der Herren Reichsminister der Justiz, Reichswirtschaftsminister u. Reichsminister für Ernährung und Landwirtschaft, die in ihren Folgerungen den völligen Untergang des selbständigen freien Handels bedeuten, dagegen aber das erneute Emporkommen des Schleißhandels fördern. Die Versammlung protestierte aufs allerentschiedenste dagegen, daß diese einschneidenden gesetzlichen Bestimmungen unter Verzicht auf die im Reichsrat übliche geschäftsmäßige Frist und ohne vorherige Anhörung der Vertreter der davon in erster Linie betroffenen Kreise schon am 9. Juni d. J. in Kraft gesetzt werden sollen. Die Versammlung bittet das badische Ministerium des Innern dringend, den Vertreter der badischen Regierung im Reichsrat anzuweisen, den in der Vorlage Nr. 154 vom 4. Mai 1922 dem Reichsrat zur Beschlußfassung unterbreiteten Gesetzentwürfen seine Zustimmung zu verweigern und kein Mittel unberücksichtigt zu lassen, um zu verhindern, daß diese in ihren Folgerungen für die gesamte deutsche Wirtschaft direkt katastrophalen Bestimmungen Gesetzeskraft erlangen.

Landestheater. Wie bereits bekanntgegeben, gelangen am Sonntag den 3. Juni Wagners „Meistersinger von Nürnberg“ völlig neu einstudiert zur Aufführung. Als Soubrette tritt Lilly Freig ihr Engagement hier an. Die Künstlerin singt die Partie zum erstenmal. In den anderen Hauptpartien sind beschäftigt die Herren Vuffard, Wittmer, Peters, Wehrach, Dr. Wucherpfennig und Piller sowie Frau Josef-Tomajak. Die musikalische Leitung hat Fritz Cortezis. In Szene gesetzt wird das Werk von Josef Lurnau. Beginn 5 Uhr nachmittags.

Literarische Neuerscheinungen.

Die Vereinigten Staaten von Amerika als Wirtschaftsmacht. Von Prof. Dr. H. L. v. H. (Verlag V. G. Teubner, Leipzig.) Professor Lehm, der aus eigener Erfahrung die amerikanische Wirtschaft kennt, bezieht sich nicht mit allgemeinen Feststellungen, sondern behandelt auch die Einzelprobleme, wie vor allem auch das Industrie- und Transportproblem, die Entwicklung der amerikanischen Handelsflotte, der Landwirtschaft und Einwanderung. Wir können die Arbeit bestens empfehlen.

Staatsanzeiger.

Bekanntmachung.

Satzungen der Handelskammer Heidelberg.

Auf Grund des Artikels 2 des badischen Handelskammergesetzes vom 11. Dezember 1878 wird genehmigt, daß Ziffer 9 des Statuts der Handelskammer für die Kreise Heidelberg und Mosbach vom 23. Januar 1912 (Staatsanzeiger vom 31. Januar 1912 Nr. 30) wie folgt geändert wird:

2. Die Zahl der Mitglieder der Handelskammer beträgt 24. Von diesen sind zu wählen aus der Zahl der Wahlberechtigten:

- a) des Amtsbezirks Heidelberg mit Ausnahme des Finanzamtsbezirks Neckargemünd 12,
- b) des Amtsbezirks Oberbach und des Finanzamtsbezirks Neckargemünd 3,
- c) des Amtsbezirks Wiesloch 2,
- d) der Amtsbezirke Eppingen und Sinsheim 2,
- e) der Amtsbezirke Mosbach und Adelsheim 2,
- f) des Amtsbezirks Buchen 1,
- g) der Amtsbezirke Laubersheim und Forberg 1,
- h) des Amtsbezirks Wertheim 1.

Die 12 dem Wahlbezirk a vorbehaltenen Sitze sind zu besetzen mit:

- 6 Vertretern der Industrie und des Bankgewerbes (Berufsgruppe A),
- 3 Vertretern des Einzelhandels (Berufsgruppe B) und
- 3 Vertretern des Großhandels, des Gastwirtsberufes oder der übrigen Gewerkschaften (Berufsgruppe C).

In den Wahlbezirken b—h sind insgesamt zu wählen 3 Vertreter der Berufsgruppe B und 9 Vertreter der Berufsgruppe A bzw. C.

Entfällt ein Stimmzettel für einen Wahlbezirk oder eine Berufsgruppe mehr Namen als in dieser Satzung vorgegeben, so werden die am Schlusse als zuletzt erscheinenden Namen gewählt.

Karlsruhe, den 29. Mai 1923.

Der Minister des Innern.
J. R. Beer.

Staats-Lotterie!
Mit einem Los
der 22. Preussisch-Süddeutschen
Staatl. Klassen-Lotterie
1 Milliarde
zu gewinnen.
312000 Gewinne und 4 Prämien
im Gesamtbetrage von über 17 1/2 Milliarden Mark.
Ziehung 1. Kl. 10. und 11. Juli.
Lospreis zu jeder Klasse:
1/8 1/4 1/2 3/4
1250.— 2500.— 5000.— 10000.— Mark
Greifen Sie zu
und kaufen Sie zugleich ein Los bei
Zwerg (vorm. Götz)
staatl. Lotterie-Einnehmer
Hebelstraße 11.

BAUBUND-MÖBEL
in bewährter Güte
und reicher Auswahl
zu angemessenen Preisen
gegen Barzahlung
oder auf Teilzahlung.
Eigene Verkaufsstellen:
KARLSRUHE, Karlsruherstr. 22
FREIBURG, Kaiserstr. 27
BRUCHSAL, Gewerbehalle a. Markt
PFORZHEIM Theaterstr. 15
OFFENBURG, Steinstr. 2
MOSBACH, Hauptstr. 12
MANNHEIM, Schloß, rechter Flög,
Reitbahn
B.169
BADISCHER BAUBUND G.M.B.H.
Gemeinnütziger Möbelvertrieb
Telephon 5157. Karlsruhe am Rondellplatz.

Badisches Landestheater.
Samstag, 2. Juni. 7-9 1/2 Uhr. Sp. I. Abt. 5000 M.
Th.-Gem. B.V.B. Nr. 2701-3000.
Die Freier.
Spielplan vom 3. bis 12. Juni 1923.
Im Landestheater. So. 3. Neu einstudiert. Die
Meistersinger von Nürnberg. 5. (Sp. I. 10000.) — Mo. 4.
Volksbühne. S. I. Maria Stuart. 7. (Sp. I. 5000.) —
Die 5. Abonn. E. 22. Der Waffenschmied. 7. (Sp. I.
7000.) Th.-Gem. B.V.B. Nr. 1101-1300. — Mi. 6.*
Abonn. F. 21. Aida. 6 1/2. (Sp. I. 8000.) Th.-Gem. B.V.B.
Nr. 901-1000, 2001-2100, 3001-3100. — Do. 7.*
Abonn. G. 22. Bürger Schappel. 7. (Sp. I. 5000.) Th.-
Gem. B.V.B. Nr. 1701-2000. — Fr. 8. Volksbühne,
O. 11. Cavalleria rusticana. Der Bajazzo. 7. (Sp. I.
8000.) — Sa. 9.* Neu einstudiert: König Heinrich IV.
I. Teil. 7. (Sp. I. 5000.) Th.-Gem. B.V.B. Nr. 501-700.
1401-1500. — So. 10. Violetta. (La Traviata.) Tanz-
bilder. 6 1/2. (Sp. I. 9000.) — Mo. 11. Volksbühne. S. 5.
Maria Stuart. 7. (Sp. I. 5000.) — Die. 12.* Abonn.
B. 21. Die Meistersinger von Nürnberg. 5 1/2. (Sp. I.
10000.) Th.-Gem. B.V.B. Nr. 3601-3900.
Im Konzerthaus. So. 3.* Alt-Heidelberg. 7.
(Park. I. 4000.) — Die. 5. Volksbühne. T. 2. Der
Strom. 7. — Fr. 8. Volksbühne. T. 3. Der Strom. 7.
Vorrecht für Umtausch der Vorzugskarten und
Vorkaufrecht der Abonnenten und Inhaber von
Vorzugskarten am Samstag, 2., nachm. 1/4-5 Uhr,
allgemeiner Vorverkauf und weiterer Umtausch von
Montag, den 4. an.
Auslosung der Karten für die Teilnehmer der
Theater-Gemeinde jeweils am Vortag der Auf-
führung in der Geschäftsstelle (10-1/2, 4-6 Uhr).
Teuerungszuschlag zum Abonnement für das letzte
Sechstel (21.-24. Vorstellung) für jede Vorstellung
1200, 1000, 800, 600 M. kann in der Zeit vom
28. Mai bis 4. Juni einbezahlt werden. Hauscinzug
vom 5. Juni an. Gängegebühr 150 M.

Bürgerl. Rechtspflege
Freiwillige Gerichtsbarkeit.
§ 372, 32. Injerte Ge-
sellschaft ist aufgelöst, Herr
Berthold Kaufmann in
Mannheim als Liquidator
bestellt. Die Gläubiger
werden aufgefordert, sich
bei derselben zu melden.
Weinheim i. B. / Mann-
heim, L. 8, 1, 22. Mai 1923.
Weinheimer Ölwerke & Speise-
fettsfabrik, G. m. b. H., in Liquid.
Der Liquidator:
Berthold Kaufmann.

AUSSTELLUNG
in KARLSRUHE im »HOTEL GROSSE«
Samstag, 2. Juni, 10-6 Uhr, Sonntag, 3. Juni, 9-1 Uhr, Montag, 4. Juni, 10-6 Uhr
von
Mercedes-Euklid-Rechenmaschinen
und **schreibenden Addiermaschinen** B.510
zu der Interessenten zwecks unverbindlicher Vorführung höf. eingeladen sind.
MANNHEIM-HANSAHAUS PHILIPP GRÄFF
Fernsprecher 6148 Spezialhaus für Rechen- und Addiermaschinen

Geausbrechte
Sünden
verschafft
ein
Harmonium
Große
Auswahl!
Versand nach
allen Stationen
H. Maurer
Karlsruhe i. B.
Kaiserstraße 176
Kataloge u. Schriften über
das Harmonium kostenlos

Verstředene
Bekanntmachungen.
Hochbauarbeiten für
Vergrößerung des Stell-
werkhäuses am Auf-
nahmegebäude im Hinter-
garten nach der Verord-
nung des Bad. Minister-
iums der Finanzen vom
3. Jan. 1907 öffentlich zu
begeben. Grab-, Mau-
ros, Steinbauer, Zim-
mer, Drechsler, Verputz-
er, Glaser, Schreier,
Schmied, Anstreich-
er, Tapezier u. Schloß-
ferarbeiter, Installati-
on, Malerarbeiten, Zeich-
nungen, Bedingnisheft u.
Arbeitsbeschränke auf an-
kerem Oberzimmer Nr.
10 zur Einsicht, wo auch
Abgabe der Angebotsvor-
drücke gegen Selbstent-
preis erfolgt. Kein Ver-
band nach auswärts. An-

gebote verschlossen, post-
frei und mit entsprechender
Aufschrift bis läng-
stens Freitag den 15.
Juni d. J., vormittags 11
Uhr, bei uns einzureichen.
Zuschlagsfrist 3 Wochen.
Karlsruhe i. Schw.,
den 1. Juni 1923.
Bahnbauinspektion.

Sunde
aller Massen kaufen und
verkaufen Sie vorteilhaft
durch eine Anzeige in „Der
Deutsche Jäger“, München,
Briennerstr. 9. — Hundert-
tausende von Jägern in
Stadt und Land in Südd.

Badische Bank.
Die Aktionäre werden hiermit zu der am
Samstag, den 23. Juni 1923, mittags 12 Uhr,
in unserem Bankgebäude in Mannheim stattfindenden
53. ordentlichen Generalversammlung
eingeladen.
Tagesordnung:
1. Vorlage der Bilanz mit Gewinn- und Verlust-
rechnung auf 31. Dezember 1922, nebst Bericht des
Vorstandes und Aufsichtsrats. Vortrag des Ver-
richts der Revisionskommission über die Prüfung
der Jahresbilanz.
2. Beschlußfassung über die Genehmigung der Jahres-
bilanz und die Gewinnverteilung für das Ge-
schäftsjahr 1922, sowie die Entlastung des Auf-
sichtsrats und des Vorstandes. Festsetzung der
Gewinnanteile des Vorstandes und Aufsichtsrats.
3. Beschlußfassung über die Erhöhung des Grundka-
pitals um 14 400 000 M. unter Ausschluß des
gewöhnlichen Bezugsrechts der Aktionäre durch Aus-
gabe von 9000 Stück den alten gleichberechtigten
Stammaktien von je M. 1500.— mit Dividen-
denberechtigung vom 1. Januar 1923.
Ermächtigung des Vorstandes und Aufsicht-
rats, die neuen Aktien zu begeben.
Ausstattung der Vorzugsaktien von je 1500.—
Mark mit Stimmrecht bis 10fachen Stimm-
recht. Beschränkung des erhöhten Stimmrechts
der Vorzugsaktien auf die Fälle der Befreiung
des Aufsichtsrats, Änderung der Satzungen oder
der Auflösung der Gesellschaft.
4. Beschlußfassung über die sich aus der Kapitaler-
höhung ergebenden Änderungen des Geschäfts-
vertrages in den Artikeln 4, 5 und 38, sowie
Änderung des Artikels 42 über die Zusammen-
setzung des Aufsichtsrats.
5. Getrennte Abstimmung der Inhaber von Stamm-
und Vorzugsaktien über die Vorschläge zu 3 und 4.
6. Wahlen zum Aufsichtsrat.
Bezüglich der Teilnahme an der Generalversamm-
lung wird auf Artikel 36 letzter Absatz der Statuten
verwiesen und bemerkt, daß seitens der Aktionäre der
Ausweis über ihren Aktienbesitz durch Vorlegen der
Aktien und Überreichung eines Nummernverzeich-
nisses an den Kassier der Bank in Mannheim und Karls-
ruhe oder durch Hinterlegung der Aktien bei der Di-
rektion der Distrikts-Gesellschaft in Frankfurt a. M.
oder bei dem Bankhaus C. Rabenburger in Frankfurt
a. M. oder bei einem Notar, oder in sonstiger dem
Vorstand genügend erscheinender Weise bis zur vor-
geschriebenen Frist zu geschehen hat.
Mannheim, den 31. Mai 1923.
Der Vorstand.

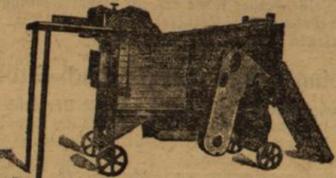
Landwirtschaftlicher Bedarf, landwirtschaftliche Maschinen
Empfehlenswerte Bezugsquellen für die badische Landwirtschaft
Sonderbeilage zur Karlsruher Zeitung (Badischer Staatsanzeiger)

Wieland, Faß & Co., G. m. b. H.
Telephon 1568. Karlsruhe Kaiserstr. 201
Telegraph-Adresse: Landmaschine.
Großhandlung landwirtsch. Maschinen
der Generalvertreter:
R. Wolf Akt.-Ges., Magdeburg-Buckau für deren
Motor- u. Dampf-Dreschmaschinen.
Beste und billigste Bezugsquelle.

Beste, handhabungssichere
SPRENGSTOFFE
Sprengkapseln und Zündschnüre
zum Sprengen von Baumstumpen
Pulverfabrik Ettlingen (Baden)
Telephon Nr. 8

Landw. Maschinen und Geräte
jeder Art, Ersatzteile usw.
erhalten Sie stets zu konkurrenzlos
billigen Preisen auf unseren Lägern
Karlsruhe, Boxberg, Rosenberg,
Mosbach, Helmstadt, Waldshut,
Steinen, Radolfzell

Bad. landw.
Hauptgenossenschaft
Abteilung Maschinen
Karlsruhe i. B. Lauterbergstr. 3.

Gebr. Wülker
Karlsruhe i. B. Rüppurrerstr. 64


K. Ertel, Karlsruhe
45 Kaiserallee 45
Landwirtschaftliche Maschinen aller Art
Spezialität in Milchseparatoren
Reparaturen
Lieferung von Ersatzteilen zu Zentrifugen
und Maschinen aller Systeme
Anfertigung von Haus-, Hof-, Straßen- und
Flügelumpfen etc.

ACHTUNG! LANDWIRTE!
Die mühevollste Arbeit des Entkörnens von Maiskolben durch Reiben an Flach-
eisen und Kanten ist **veraltet, zeitraubend und umständlich!**
Unser
Maiskolben-Entkörner
„ECHOD“
verhindert das lästige Abspringen der Körner! Keine Handverletzungen mehr!
Paßt durch seine Konstruktionen auf jeden Maiskolben! Einfachste Handhabung, praktisch u. billig! Preis p. St. 1500 M. Vertreter gesucht!
L. W. HATTEMER & Co., G. m. b. H., Karlsruhe i. B., Amalienstr. 55
Telephon 5005



Hack-Wärfelpflüge — Acker-, Saat- und Wiesen-
Patent **EGGEN** Neubeck
sind vollendet praktisch u. dauerhafte Qualitätswerk-
zeuge. Durch Serienfabrikation billigste Tagespreise
Josef Neubeck, Rastatt